

Ausgrenzungspolitik international

Staatliche und gesellschaftliche Gewalt gegen Migrant_innen in Europa

Migrationsfeindliche und rassistische Stimmung herrscht momentan in Europa vor. Erklärtes Ziel der Politik ist, die Grenzen möglichst dicht und die nicht-wirtschaftlich verwertbare Migration möglichst gering zu halten. Die betroffenen Migrant_innen sind staatlicher Gewalt, Ausgrenzung und rassistischen Übergriffen aus der Gesellschaft ausgesetzt. Aktuelle Beispiele hierfür finden sich leider zu Hauf.

Ein besonders brachiales Vorgehen legte die französische Polizei Ende September bei einer Räumung nahe Calais an den Tag: Sie rückte mit Bulldozern an, um die notdürftigen Unterkünfte von Migrant_innen dem Erdboden gleich zu machen. Bei der gewaltsamen Räumung wurden 287 Menschen festgenommen.

In der folgenden Woche wurden die Bewohner_innen eines Roma-Lagers in Marseille von einem rassistischen Mob aus ihrem Lager verjagt. Um die 30 Anwohner_innen des umliegenden Stadtteils waren daran beteiligt und setzten nach der Vertreibung die Reste des Lagers in Brand. Festnahmen gab es hier trotz eines Polizeieinsatzes keine. Es sei ja niemand verletzt worden. Viel Vorstellungskraft bedarf es nicht, um sich auszuma-

len, welche staatlichen Mittel im umgekehrten Fall eingesetzt würden. Letztlich hat der Mob ja auch das getan, was die französische Polizei seit Wochen praktiziert: Gewaltsame Vertreibung der Roma aus ihren Unterkünften.

Auch die BRD bemüht sich, bei der rassistischen Ausgrenzungspolitik mitzuhalten: Bayern will nun ein Schnellverfahren für Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien einführen. Binnen nur 48 Stunden soll über deren Asylanträge entschieden werden, wenn die Anträge „offensichtlich unbegründet“ seien. Faktisch trifft die geforderte Reform die Roma, denn sie stellen 90 Prozent der Asylsuchenden aus diesen Ländern dar. Zur Begründung wird angeführt, dass die Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien sich in der BRD angeblich nur „für einige Monate die Sozialleistungen erschleichen wollen“. Das bayrische Innenministerium hat hierfür auch einen absurden „Beleg“ parat: Die „Schutz“quote in der BRD für Menschen aus den beiden Staaten liegt nur bei 0,2-0,3 Prozent, somit lägen in der Regel sowieso keine Asylberechtigungen vor. Weil also die BRD den in ihren Herkunftsländern verfolgten Roma keinen Schutz bietet, werden ihre Chancen, einen Aufenthaltstitel zu erhalten, weiter minimiert.

pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de
<http://pressback.blogspot.de>
<https://systemausfall.org/rhhh>

Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de
 V.i.S.d.P.: R. Bernert
 Postfach 3255, 37022 Göttingen

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender_innen zurückzusenden.

Voll durchleuchtet

Deep Packet Inspection macht es möglich

Terrorismus und Kinderpornographie sind die Trojanischen Pferde der Kommunikationsüberwachung. Nun ist ein internes Dokument des EU-finanzierten Projekts Clean IT veröffentlicht worden, das den Zweck verfolgt, „terroristische“ Netzinhalte zu bekämpfen. Der Protest der Netzcommunity konnte nun zumindest den Erfolg verbuchen, dass sich die zuständige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström von den „Empfehlungen“ der Projektgruppe distanzierte.

Empfohlen wurde beispielsweise, die Nutzung von Diensten nur noch unter Bekanntgabe des echten Namens zu ermöglichen und die Ermittlungsbehörden mit eigenen Profilen in Sozialen Netzwerken schnüffeln zu lassen. Auch die Haftung von Providern für die Inhalte der Nutzer_innen sowie die Verpflichtung von Arbeitgeber_innen zur Anwendung von Filtersystemen zur Überwachung ihrer Angestellten stehen auf der Empfehlungsliste.

Zu den momentan bedrohlichsten Verfahren für die Freiheit im Internet zählt sicherlich die Deep Packet Inspection (DPI). Diese ermöglicht, Datenpakete während des Datentransfers zu analysieren und so den kompletten Inhalt zu offenbaren, sprich: unverschlüsselten Mailverkehr, angesehene Webseiten, Chats, Videodateien und so weiter. DPI ist zwar nicht expliziter Teil der Clean IT-Empfehlungen, wird aber in einem Gesetzesentwurf zur umfassenden Telekommunikationsüberwachung in Großbritannien vorgesehen. Das Verfahren ist rechtlich umstritten, aber es handelt sich nicht um eine ferne Vision, sondern wurde in Großbritannien und den USA bereits von Providern angewandt. Auch in der BRD spricht vieles dafür, dass DPI jedenfalls im Bereich des mobilen Internets durch kommerzielle Provider bereits zur Anwendung kommt – von der staatlichen Anwendung durch Geheimdienste oder zu Zensurzwecken in repressiven Regimes ganz zu schweigen.



FREIRAUM DES MONATS

Die Provider selbst haben einen ökonomischen Vorteil durch die Deep Packet Inspection, da sie ihnen die Möglichkeit verleiht, Datenpakete aufgrund ihres Inhalts gezielt zu privilegieren oder zu diskriminieren. So kann etwa die Übertragung von Filesharing-Daten durch den Provider zurückgestellt oder verlangsamt werden und Daten, für deren Übertragung zusätzlich bezahlt wird, bevorzugt behandelt werden. Außerdem werden Provider durch die Anwendung der Technologie in die Lage versetzt, die Inhalte der Nutzer_innen auszuforschen, Nutzungsprofile aus dem Surfverhalten anzulegen und diese für Werbezwecke zu verwenden oder weiter zu verkaufen. Darüber hinaus ist die Manipulation übermittelter Daten während des Datentransfers technisch problemlos

möglich. Vergleiche zur nicht-digitalen Paketübermittlung veranschaulichen die Tragweite solcher Eingriffe: Allein die Vorstellung reicht, Postzusteller_innen würden standardmäßig die Pakete öffnen, hineinschauen, die Inhalte archivieren und falls sie das wünschen, noch eine kleine Werbebotschaft hinzulegen.

Die verhältnismäßig einfache technische Umsetzbarkeit und der ökonomische und politische Anreiz für den Einsatz derartiger Überwachungsmaßnahmen machen sie so gefährlich – und machen es so wichtig, ihre Einführung zu verhindern. Denn die nächste Initiative kommt bestimmt, die versucht, Terrorismus und Kinderpornographie durch Totalüberwachung unserer Alltagskommunikation zu Fall zu bringen – oder zumindest die Privatsphäre.

Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / pressback

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.
 Postfach 3255
 37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BLZ
Kontonummer
Datum_Unterschrift

Ein Sack für das Pack

Bremer Polizei möchte Spuckhauben einsetzen

Der Polizei in Bremen reicht es. Das unterstreichen sie in einem schon fast niedlich anmutenden Appell auf einem Flyer der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sogleich mit drei Ausrufezeichen, da sie sich nämlich von den „verantwortlichen Politikern [...] im Regen stehen gelassen“ fühlen. Im Spuckeregen, um genauer zu sein. Denn immer öfter komme es im Dienst vor, dass die Polizei-beamt_innen angespuckt werden. Sie fordern daher ein neues „mildes Einsatzmittel“: Die Spuckhaube, ein Sack, der bei Festnahmen und Ingewahrsamnahmen einfach über den Kopf der Gefangenen gestülpt wird, um Spuckattacken abzuwehren. Die Politik zielt sich aber bislang noch, denn schwarze Säcke über den Köpfen von Gefangenen erinnern dann doch zu explizit an Guantánamo.

Begründet wird der Bedarf an Spuckhauben seitens der Bremer GdP damit, dass es nicht nur demütigend, eklig und beleidigend sei, bespuckt zu werden, sondern höchst gefährlich noch dazu. Denn die „infektiösen Straftäter“ (O-Ton der GdP) könnten durch

die militante Spuckattacke auch schwere Krankheiten übertragen.

Komisch, denn um möglichen Infektionen aus dem Weg zu gehen, wäre eine geeignetere Präventionsmaßnahme sicher, einfach darauf zu verzichten, Gefangene (oder Demonstrationsteilnehmer_innen) regelmäßig blutig zu prügeln.

Auch wird bei den Spuckattacken in den meisten Fällen wohl nur die vollgepanzerte Ganzkörperschutzuniform inklusive Helm in Mitleidenschaft gezogen. Diese sollten nach dem Polizeieinsatz ohnehin gereinigt werden, um sie von den Resten der regelmäßigen Pfeffersprayeinsätze und etwaigen Blutspritzern zu befreien.

Die Spuckhauben haben aber für die Polizei den netten Nebeneffekt, dass die Gefangenen nicht mehr von Umstehenden identifiziert werden können, etwa um den Ermittlungsausschuss über Festnahmen zu informieren. Zugleich sorgt die Spuckhaube da-

für, den Betroffenen die Sicht und damit die Orientierung zu nehmen und die Atmung zu erschweren.

In welchen Fällen die Spuckhaube zum Einsatz kommen soll, bleibt unklar. Die GdP will sie natürlich nur einsetzen, wenn es auch „notwendig“ ist. Dass die Polizei ihr Equipment aber auch oft genug ohne Anlass zum Einsatz bringt, lässt erahnen, dass die Polizei für schwarze Kapuzen auf Demos zukünftig selbst sorgen wird.



Das ist ja Bombe

Friedensnobelpreis 2012 geht an die EU

Salutschüsse, 27 Stück – denn der Friedensnobelpreis 2012 geht an die Europäische Union. Wie eine Bombe schlug die Neuigkeit allerdings nicht ein; die Presse war vorab informiert.

Europäische Politiker_innen sind „stolz“ und „geehrt“. Ein Preis von strategischer Bedeutung könnte mensch meinen, oder etwa nicht? „Kein Grund zur Aufregung“, sagen die einen: der friedensstiftende Charakter der EU könne nicht bestritten werden, schließlich habe es seit 1945 keinen Krieg mehr in Europa gegeben. „Kein Grund zur Aufregung“, sagen die anderen: Was will mensch denn von einem Preis erwarten, der von einem Sprengstoff erfindenden Industriellen gestiftet wurde und den ein König übergibt?

Aufregung? Keine Spur! Schweres Geschütz wird nicht aufgefahren. Aber gänzlich ohne Stellung zu beziehen, kann die EU sich dann doch nicht auf ihrer Beute ausruhen. Denn auch wenn das Nobelpreiskomitee über das Ziel hinaus geschossen ist, bleibt natürlich die Frage, was mit dem Preisgeld in Höhe von 930.000€ geschieht – schließlich soll das Geld nicht einfach so in irgendeinem Haushaltstopf verpuffen. Wie wäre es also mit drei Hubschraubern für den nächsten Einsatz an der türkisch-griechischen Grenze? Und auch Softwareentwickler_innen müssen bezahlt werden: 930.000 € für die Berechnung von Migrationsströmen, um vorherzusagen, wann wieder ein Boot im Mittelmeer

„absäuft“? Oder es könnte auch mal wieder ein Überwachungssatellit ins All geschossen werden. Aber dafür reicht es dann auch wieder nicht. Im Grunde sind 930.000€ bei einem EU-Etat von 141,9 Mrd. € (2011) doch nur Peanuts. Bevor ein Streit zwischen den EU-Agenturen ausbricht, könnte lieber wieder eine Diktatur subventioniert werden. Allerdings ist Gaddafi ja nun weg, Assad auch bald und despotische Nachfolger_innen sind noch nicht in Sicht. Diktator_innen einen luxuriösen Lebensstil ermöglichen, respektive Festungsbau, war mal eine Möglichkeit. Nur sind die Grenzen ja mittlerweile bombensicher. Schwierig, schwierig. Dann wird das Preisgeld eben gespendet.

Mordsspaß mit der Bundeswehr

Die Freiheit der BRD wird schon in der Kita verteidigt

Die Pubertierendenpostille BRAVO versucht, durch Werbung der Bundeswehr ein sauberes und angesagtes Image zu verschaffen. Die Zielgruppe der 12- bis 19-jährigen Leser_innen soll in Ferien-Camps an „zwei supercoolen Bundeswehr-Locations“ doch mal zeigen, was in ihnen steckt! Früh übt sich, wer tapfere_r Gefallene_r werden will. Auch in Schulen und Universitäten zeigt die Bundeswehr mal mehr, mal weniger offen Präsenz und nutzt ihr überlassene Räume für Rekrutierung und Kriegstreiberei.

Wenn in Massenmedien von Kindersoldat_innen in verschiedensten Regionen der Welt die Rede ist, geht meist ein Aufschrei durch die Republik: schlimm, schlimm! Dass die Bundeswehr ihre Stiefel allerdings schon mehr als bis zum Hacken in den Türen von Kitas, Schulen und Universitäten hat, ist erst gar nicht der Rede wert. „Weshalb sollte die Bundeswehr als Teil unserer demokratischen Gesellschaft nicht in BRAVO werben?“, heißt es aus Medienkreisen. Ja warum eigentlich nicht?! Weil Rekrut_innen zu Mörder_innen ausgebildet werden? Weil auch die BRD immer beständiger „aus ökonomischen, geostrategischen und (macht) politischen Gründen Kriege“ führt (siehe Bildung-ohne-Bundeswehr, BoB)? Weil die Bundeswehr bald auch „friedensstiftend“ im Inneren eingesetzt wird?

Es gibt also ausreichend Gründe, um alle getarnten Demokrat_innen sofort aus jeglichen Bildungseinrichtungen zu jagen. Leider gibt es dessen ungeachtet auch noch Lehrende, die der Bundeswehr einen guten Willen bei ihrer Art der humanitären Hilfe oder ihrem Kampf für Demokratie zusprechen und Einrichtungen für sogenannte Jugendoffizier_innen und Wehrdienstberater_innen öffnen. Diese vermitteln den meist jugendlichen Zuhörer_innen dann

jedoch ein einseitiges und durch und durch geschöntes Bild der Bundeswehr und betreiben dreiste Anwerbungsversuche, um die seit Abschaffung der Wehrpflicht fehlenden Rekrut_innen zu ersetzen. Und an den zunehmenden Auftritten wird immer deutlicher, dass ihnen das zum Glück nicht so recht gelingen mag.

Doch da springt auch schon die Regierung ein und hält der Mordstruppe den Rücken frei, damit sie an Bildungseinrichtungen weiterhin Präsenz zeigen kann. Mit „Kooperationsvereinbarungen“ auf Landesebene erhält die Bundeswehr die Berechtigung, Einfluss „auf die Methodik und Inhalte des Politikunterrichts, auf die Ausbildung von ReferendarInnen [und] auf die Weiterbildung von LehrerInnen“ zu nehmen (BoB). Die daraus folgende Militarisierung der Gesellschaft macht auch vor den Toren der Uni keinen Halt und so lassen bereits an über 40 Hochschulen in der BRD Rüstungsfirmen für ihre kriegerischen Zwecke forschen.

An Hochschulen besteht die Möglichkeit, Forschungen für den Kriegsapparat durch eine Zivilklausel zu verbieten. Diese untersagt auch, dass Gelder aus der Rüstungsindustrie ihren Weg in die Forschung finden dürfen. Allerdings haben bisher nur wenige Hochschulen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und selbst wenn, ist es oft schwierig, „zivile“ Forschung zu erkennen, die eventuell auch für militärische Einsätze in Frage kommt. Solch ein Mittel des „dual-use“ macht Forschungsarbeiten dann wieder für die Rüstungsindustrie interessant und über Zwischenwege findet schlussendlich doch eine Finanzierung aus Kriegsgeldern statt. So unterliegen zum Beispiel seit 2010 alle Angaben über Drittmittelaufträge des Verteidigungsministeriums an Hochschulen der BRD einer „Geheimhaltungsordnung“, wobei eigentlich allein der Name des Financiers ausreichen sollte, diese Gelder zurückzuweisen. Die Zivilklausel allein bietet also keine Gewähr einer kriegsfreien Forschung, sie muss auch konsequent durchgesetzt werden.

zappenduster

IMMUNITÄT AUFHEBEN
Der niedersächsische Landtag hat die Immunität einer fraktionslosen Abgeordneten und DKP-Mitglied aufgehoben, weil diese den Aufruf von „Castor? Schottern!“ unterzeichnet hat. Nicht anders zu erwarten bei einer CDU/FDP Mehrheit im Parlament, und auch die SPD war natürlich mit von der Partie. Ein ganz klein wenig überraschend ist dann aber doch, dass auch die ehemalige Umweltpartei Die Grünen für die Aufhebung stimmten. Die nicht mehr immune Abgeordnete betrachtet das Verhalten als Anbiederung der Grünen an die SPD für das nächste „Rot-Grün“.

KLOPAPIER BESCHATTEN
Die Zeiten sind hart, auch und besonders für die Beamt_innen des LKA Thüringen. Alle müssen nehmen, was sie in die Finger kriegen. Reinigungskräfte wollen so 2010 einen Diebstahl von Klopapier in einer Außenstelle des Dienstes bemerkt haben. Diese Dreistigkeit im eigenen Haus konnte sich LKA-Präsident Werner Jakstat nicht gefallen lassen und hat bei der verzweifelten Suche keine Mittel gescheut: interne Ermittler_innen, eine versteckte Kamera, Auswertung durch Spezialist_innen. Aber auch hier tapen die Sicherheitsbehörden Thüringens im Dunkeln: Ohne Ergebnis wurde die Untersuchung nach zwei Jahren eingestellt.

STATISTIK BEREINIGEN
Ein Heer von Arbeitslosen schmarotzt sich durch Deutschland. Zeit, dass das aufhört und das Heer zu etwas nutze ist. Dachte sich wohl auch die Stadt Plauen. Ein-Euro-Jobber_innen wurden für die Beseitigung des Unterholzes in einem Wald eingestellt. Das Holz sollte weg, damit die Fachkräfte des Kampfmittelbeseitigungsdienstes dort vermutete Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg bergen konnten. Nach Presseberichten hat das Jobcenter die Maßnahme eingestellt.